

20

81

# Union in Deutschland

Bonn, den 19. Juni 1981

## Unsere Friedenspolitik: Weder rot noch tot

Den richtigen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit will die CDU mit der Resolution weisen, die in Berlin vom Bundesausschuß der Partei einstimmig verabschiedet wurde. Helmut Kohl erklärte dazu, die Resolution wende sich vor allem an die junge Generation, die Not und Elend, Krieg und Nachkriegszeit nicht erfahren habe. Er hat die Bürger der Bundesrepublik aufgerufen, mit der CDU gemeinsam für eine Friedensordnung einzutreten, „in der wir auch in Zukunft als Teil der Gemeinschaft freier Völker gemeinsam mit unseren Freunden unser Schicksal in Frieden und Freiheit gestalten können“.

Nachdrücklich erläuterte der Parteivorsitzende und Oppositionsführer in seiner Rede vor dem Bundesausschuß die Friedenspolitik der Partei mit dem Blick auf aktuelle außen- und innenpolitische Fragen, so das Verhältnis zu den europäischen Schwesterparteien, den NATO-Doppelbeschluß, die Ost-West-Spannungen und die Rolle der CDU als parlamentarische Opposition.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### ■ BUNDES- AUSSCHUSS

Helmut Kohl hat die Bürger aufgerufen, für eine Ordnung in Frieden und Freiheit einzutreten. Seiten 1 bis 6

### ■ BUNDES- HAUSHALT

Leisler Kiep: Nahezu alles, was in den Aufbaujahren der Nachkriegszeit erreicht wurde, ist in Gefahr, verspielt zu werden. Seite 12

### ■ KREFELDER APPELL

Ein Kommunist enthüllt, wie er selber im DDR-Auftrag Vorarbeiten für den „Krefelder Appell“ leistete. Seite 13

### ■ DEUTSCHLAND- POLITIK

Mehr Aufklärung über den Kommunismus forderte Herbert Hupka. Seite 14

### ■ BERLIN

Richard v. Weizsäcker will die Bedeutung Berlins und seine Rolle im geteilten Europa wieder bewußt machen. Seite 11

### ■ DOKUMENTATION

Resolution des CDU-Bundesausschusses in Berlin zum Thema „Frieden und Freiheit“ grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

In seiner Rede vor dem Bundesaus-schuß sagte Helmut Kohl:

## Die USA sind ein verlässlicher Partner

In diesen Monaten haben sich entscheidende Veränderungen in den Vereinigten Staaten, unserem wichtigsten Partner, ergeben. Mit der Amtseinführung des Präsidenten Reagan und mit der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse vor allem im amerikanischen Senat, entwickelt sich dort eine politische Linie, die in den wesentlichen Punkten bereits absehbar ist.

**Die Vereinigten Staaten sind bei allen Schwierigkeiten wieder dabei, sich im Innern auf ihre eigene erhebliche wirtschaftliche und politische Kraft zu besinnen. Die Amerikaner sind nach Watergate, nach Vietnam in ihre weltpolitische Rolle in einer Weise zurückgekehrt, die an die große Tradition des Landes erinnert.**

Sie sind gewiß damit nicht ein einfacher, aber man kann sagen, ein verlässlicher Partner geworden, und wenn die wirtschaftliche Entwicklung einigermaßen positiv verläuft, auch ein berechenbarer Partner als es in den letzten Jahren der Fall war. Das ist sehr wichtig für uns, weil eines der Phänomene der deutschen Innenpolitik, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, jener Anti-Amerikanismus ist, der nun überall blüht und seine verderblichen Folgen zu zeitigen beginnt.

## Erdrutsch in Frankreich

Für die Entwicklung hier bei uns in Europa ist das dominierende Ereignis die Wahl Mitterands zum französischen

Präsidenten, der Erdrutsch zu einer linken, mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer sozialistischen Mehrheit in Frankreich. Für uns ergeben sich aus diesem Vorgang verschiedene Konsequenzen, aber auch Erfahrungen.

Eine der großen negativen Folgen der Politik de Gaulles war die Zerstörung der politischen Mitte in Frankreich, die Aufteilung des politischen Spektrums in einen Links- und einen Rechtsblock. Dieser Neuorientierung der französischen Innenpolitik in der fünften Republik sind vor allem unsere Freunde vom MRP, der klassischen christlich-demokratischen Partei, zum Opfer gefallen. Unsere Freunde in der CDS, die diese Tradition verwalten, sind mit deutlich weniger Mandaten aus der Wahl hervorgegangen.

**Dieser Vorgang zeigt: Die Politik der Mitte muß kämpferisch vertreten werden.**

Ein Wort noch zu den Niederlanden: Bei der letzten Wahl haben sich unsere Freunde mit van Agt an der Spitze des Niederländischen CDA sehr gut gehalten. Angesichts der Gesamtentwicklung zeigt sich jetzt — und das ist eine sehr positive Entwicklung, die ich herausheben will —, daß sich dort die Kräfte, die im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik mit uns weitgehend übereinstimmen, nun auch innenpolitisch stärker durchsetzen, als zunächst angenommen werden konnte.

## Solidarität zu Polen

Ein Wort auch zur Entwicklung in Polen. Wir haben weiter die Hoffnung, daß die Chancen Polens gewahrt bleiben, daß Polen seinen Weg ohne Intervention gehen kann.

**Denn uns muß klar sein, was eine Intervention für die Entwicklung und vor allem für das Klima des Ausgleichs in der Welt bedeuten würde. Wir werden weiterhin klare Worte der Solidarität zu den Polen und zu dem Beispiel, das Polen für uns auch gibt, finden.**

Für unsere Partei ist es lebenswichtig, daß die Idee der Einheit der Nation, daß die Idee des Ausgleichs mit Mittel- und Osteuropa in allen Bereichen der Partei gerade jetzt lebendig bleibt, da wir einer psychologischen Beeinflussung der Sowjetunion ausgesetzt sind, wie wir sie wahrscheinlich in dieser differenzierten Art bisher in 33 Jahren Bundesrepublik noch nicht erlebt haben.

## **Es gehen Parolen um**

Wir stehen mitten in der Diskussion der Parole „Friede ohne Waffen?“. Die schlimme Parole „Lieber rot als tot“ zieht immer weitere Kreise. Es ist in den Kirchen Wirkung zu beobachten und es soll niemand sagen, nur in einer Kirche.

**Die Wirkungen auf die junge Generation sind nicht zu übersehen. In den intellektuellen Kreisen unseres Volkes, aber auch bei sehr vielen einfachen Mitbürgern, die treue Republikaner und überzeugte Demokraten sind, geht die Angst um, das Wettrüsten könnte irgendwann zur Katastrophe führen.**

Sie übertragen ihre persönlichen Ängste auf das Ganze und erwarten von uns eine Antwort auf ihre Fragen.

Es kommt heute teilweise schon zu einer moralischen Gleichstellung der USA mit der Sowjetunion. Man muß sich einmal vorstellen, wie weit es bei uns gekommen ist, daß Herr Eppler

einfach so verkünden kann, daß der Doppelbeschluß der NATO der Sowjetunion eine Position gibt, wie sie Kennedy angesichts der Kuba-Krise hatte.

An diesem Beispiel kann man die Veränderung des gesamtpolitischen Klimas in unserem Lande sehr wohl erkennen. Wir müssen dem Verlust an innerer Widerstandskraft in unserem Volk mit aller Kraft entgegenreten.

Wir müssen uns fragen, ob unser unterschiedenes Eintreten für das NATO-Bündnis immer richtig und klug vorgebracht wird. Richtig und klug ist es, wenn wir deutlich machen, daß es nicht nur ein militärisches Bündnis, sondern ein Bündnis von Gleichgesinnten ist, wenn wir der jungen Generation die Bedeutung der Menschenrechte erklären, wenn wir deutlich machen, daß es die gleichen Ideale, das gleiche Menschenbild ist, das uns miteinander verbindet.

## **Unsere Prognosen sind eingetroffen**

In der Innenpolitik können wir eine schwerwiegende Verschlechterung der Lage feststellen. Alle unsere Prognosen sind eingetroffen. Wir müssen mit großer Nüchternheit und ohne jede Spur von Häme und Schadenfreude die jetzige Situation unseren Mitbürgern deutlich machen: Den Verfall der Leistungsbilanz, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit noch schlechteren Prognosen für den Winter 1981/82, die Inflationsentwicklung, den Verfall der öffentlichen Finanzen, die Schuldenwirtschaft und das, was jetzt an Problemen bei der Etatberatung 1982 vor uns steht.

**Damit sind wir beim Thema des Rollenspiels von Regierung und Opposition. Helmut Schmidt hat uns kürz-**

**lich zugerufen: „Wir brauchen euch nicht.“ Das ist ein törichtes Wort, vor allem auch deswegen, weil es nicht in die föderale Ordnung unseres Landes paßt.**

Das gilt auch für jene in der eigenen Partei, die sagen: Uns geht das alles gar nichts an. So einfach ist das nicht. Uns geht das sehr viel an.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Rechtsstaat. Er gliedert sich in Bund, Länder und Gemeinden. In zwei Drittel aller kommunalen Gebietskörperschaften hat die CDU/CSU die absolute Mehrheit. Und auch im Bundesrat verfügt sie über die Mehrheit.

**Zur Obstruktion sind wir unfähig. Aber wir müssen uns genau über die Rolle der Opposition im Bundestag klar sein. Es kann nicht unsere Funktion sein, mit den Sozialdemokraten eine Art Superkoalition zu schließen. Sie bleiben in der Regierung, wir bleiben in der Opposition, aber die Sparmaßnahmen machen wir gemeinsam.**

Es muß die Reihenfolge gewahrt werden. Sie muß gerade jetzt gewahrt werden, wenn es in der Öffentlichkeit dauernd heißt, wo ist denn eure Alternative, wo sind eure Vorschläge. Es ist nicht die Aufgabe der CDU, zuerst zu sagen, was wir in diesem oder jenem Fall zu tun haben, und Helmut Schmidt sagt gar nichts. Schmidt sagt nur, daß alles immer schwieriger wird. Er entwirft ein gewaltiges Schlachtengemälde, sagt aber nicht, was er wirklich tun will.

## Unsere Alternativen

Die Stunde der Wahrheit für uns kommt dann, wenn die Regierung ihre Vorlagen macht. Dann legen wir auch unsere Karten auf den Tisch. Beispiele für un-

sere Alternativen gibt es aus der letzten Zeit genug. Ich nehme nur den Wohnungsbau, unseren Beitrag zur Stabilität des westlichen Bündnisses, unseren Beitrag zur Energieversorgung.

Die Regierung muß nun die Fähigkeit besitzen zu sagen, wo gespart werden kann und wo nicht. Wir sollten uns hüten, jetzt schon von unserer Seite einzelne Gebiete zu reklamieren, die unter allen Umständen ausgenommen werden müssen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß für mich zwei wichtige Felder Vorrang haben müssen. Das ist die Verteidigung von Frieden und Freiheit und das sind die Zukunftsinvestitionen. Die beste Zukunftsinvestition für unser Volk ist gegenwärtig die Familienpolitik.

## Vorrang für Familien, die kinderreich sind

In diesem Zusammenhang will ich gleich klären, daß ich mich natürlich nicht, wie da in einer dpa-Meldung stand, für die Kürzung des Kindergeldes ausgesprochen habe. Ich habe mich nur ganz präzise dafür ausgesprochen, daß die kinderreiche Familie den Vorrang haben muß, und ich bleibe bei meiner Grundthese, daß, wenn wir sparen müssen, wir nicht sparen dürfen in jenem Bereich, wo eine Mutter und Hausfrau drei und vier und noch mehr Kinder hat, sondern wir müssen dann überlegen, wo wir im allgemeinen Bereich sparen.

Nach 32 Jahren Bundesrepublik stehen wir einer geistigen Herausforderung der Demokratie gegenüber.

**Wir sind ein Teil dieser Demokratie, die größte politische Partei Deutschlands. Deswegen müssen wir uns fra-**

**gen, ob wir dieser Herausforderung gerecht werden, ob wir beispielsweise mit dem, was wir für die aktuelle Diskussion in der Partei formuliert haben, ob wir damit genügend gearbeitet und gelebt haben.**

Ich denke an das Grundsatzprogramm. Ich glaube, die CDU Deutschlands ist dann die Partei der Zukunft, wenn sie offen ist und sensibel für neue Probleme, für neue Anfragen, vor allem auch aus der jüngeren Generation. Wer mit der Basis redet, der wird feststellen, daß junge Leute viele Fragen stellen, daß sie nach Autorität suchen. Sie wollen eine Autorität der Offenheit, die, wenn blanker Unsinn geredet wird, diesen auch als blanken Unsinn bezeichnet.

Offene Diskussion, das heißt für mich Diskussionsbereitschaft, die eigene Ansicht so vertreten, daß man den anderen anhört, ihm zubilligt, daß er auch Recht haben könnte.

**Man muß begreifen, daß auch die Minderheit sehr wohl Recht haben kann.**

## Bei der Jugend Gehör finden

Wenn wir unser Programm offensiv und menschlich vertreten in einer Sprache, die junge Leute verstehen, werden wir bei der Jugend Gehör finden. Zur Resignation haben wir in diesem Punkt keinen Grund. Wir sind die einzige Partei, die das Wagnis auf sich nimmt, im November drei Tage einen Parteitag zum Thema Zukunftschancen der jungen Generation in Hamburg durchzuführen.

Auf diesem Parteitag werden wir die Welt aus der Sicht junger Leute betrachten.

**Wir werden in der Bildungspolitik die Bereiche angehen müssen, die nicht mehr haltbar sind, die aus Fehlentscheidungen in der Vergangenheit entstanden sind.**

Das wird geschehen, ohne daß die Diskussion im Fachchinesisch der Bildungspolitiker erstickt. Auch Fragen, die Randgruppen berühren, wollen wir nicht aussparen. Aber im Vordergrund werden die Fragen stehen, die die große Mehrheit der jungen Leute an uns stellen, weil sie die Antworten bei uns erwarten.

Es gibt eine Reihe von Fragen, auf die wir jetzt schon Antworten finden könnten. Dazu gehört der unhaltbare Zustand, daß wir nun das längste Ausbildungsalter von allen Ländern der Welt haben. Wir sind auf dem besten Wege provinziell zu werden, betrachten wir doch nur den Geschichtsunterricht, die Verkümmern des Fremdsprachenunterrichts und die Verkümmern des naturwissenschaftlichen Unterrichts in unseren Schulen. Ich wehre mich aber entschieden dagegen, aus berechtigten Blitzlichtaufnahmen ein Gesamturteil zu fällen.

**Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß es Felder und Ansichten in der jungen Generation, in der ganz jungen Generation gibt, mit denen wir nicht konkurrieren können, wenn wir unsere Prinzipien nicht aufgeben wollen.**

## Pazifistische Traditionen

Ein Thema steht im Zusammenhang mit der aktuellen Friedensdiskussion mit an erster Stelle. Es ist die Frage: Wehrdienst oder Ersatzdienst. Es ist eine Verfälschung der Verfassungsidee,

wenn bei uns die völlige Gleichgewichtigkeit von Wehrdienst und Ersatzdienst zur Debatte steht.

Ich habe großen Respekt vor den wirklichen Ersatzdienstleistenden, und ich sage, es ist nicht wahr, daß nur andere eine pazifistische Tradition haben. Die CDU/CSU ist aus Vorläuferparteien hervorgegangen. Denken wir an Weimar und die Kaiserzeit, in der die Idee des Pazifismus ihre geistige und ihre moralische Heimat etwa in der Pax-Christi-Bewegung der deutschen Zentrumspartei hatte. Es gab den evangelischen Volksdienst in Baden-Württemberg, um diese Tradition einmal auf evangelischer Seite anzusprechen.

**Inzwischen haben wir die Situation, daß die Bundeswehr selbst dabei ist, den Wehrdienst in Mißkredit zu bringen.**

Immer häufiger kommt es vor, daß junge Leute, die nach der Schulzeit zur Bundeswehr gehen, zum großen Teil voller Bereitschaft, nach einem halben Jahr total desorientiert sind durch das, was sie an Herausforderung in jeder Weise nicht erleben.

## Unser Wählerauftrag

Viele Diskussionen in Bonn knüpfen sich daran, was wir bis 1984 machen. Ich will nur eines sagen: Wir haben einen Wählerauftrag. Die Wähler haben uns zur stärksten Fraktion erklärt. Es mag nun viele Wege für 1984 geben, aber eins muß unstrittig unter uns sein: Wir haben nur dann eine Chance, wenn wir den 45 Prozent weitere vier Prozent hinzufügen. Bis dahin bleibe ich bei dem Satz, den Sie alle gebilligt haben:

**Wir sind in die Opposition gewiesen, und wir nehmen diese Rolle ohne**

**Wenn und Aber diese vier Jahre auf und richten unsere Strategien und unsere Planung darauf ein. Das ist unsere selbstverständliche Pflicht.**

Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die immer schlechter wird, aber niemand von uns kann sagen, daß das jetzt und heute beendet wird. Ich bin gegen Spekulationen. Ich sage aber, was wir schaffen müssen. Wir müssen es schaffen, die Wähler wieder zu gewinnen in den wichtigen Landtagswahlen, die vor uns liegen. Und wir müssen an das Jahr 1984 denken. Dann stehen wir vor zwei großen nationalen Wahlen, der Wahl zum Europäischen Parlament und der Wahl zum Deutschen Bundestag. Dazwischen liegt dann noch die Wahl des neuen Bundespräsidenten.

Wir leben in einer schicksalhaften Zeit. Es ist eine Zeit, in der viele Hoffnungen an uns gebunden und geknüpft werden, oft auch irrationale Hoffnungen, manchmal Hoffnungen, bei denen man sich fragen muß, was wird das möglicherweise für eine Enttäuschung geben, wenn wir sie nicht alle erfüllen können.

Die Lage unseres Landes ist nicht so, daß man sagen kann, wenn morgen die CDU an die Regierung kommt, sind alle Probleme gelöst. Die Lage ist vielmehr so, daß wir die Chance haben, die Weichen richtigzustellen und einen Prozeß der Normalisierung auf vielen Gebieten einzuleiten.

**Nicht weil die Demoskopie für uns günstig ist, sondern weil ich glaube und zutiefst davon überzeugt bin, daß unser Kurs richtig ist, sehe ich eine gute Chance, zwischen heute und Herbst 1984 die Verantwortung zu übernehmen. Darauf sollten wir uns innerlich rüsten und einrichten.**

## ■ AUSLÄNDER

# Mißbrauch des Asylrechts zwingt zu Gegenmaßnahmen

**Bis in die entferntesten Winkel der Erde hat es sich inzwischen herumgesprochen, daß es in kaum einem Land so leicht möglich ist, durch Anerkennung als Asylant seine persönlichen Lebensverhältnisse entscheidend zu verbessern, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Diesem offensichtlichen Mißbrauch des Asylrechts wirkt die Bundesregierung nicht entschieden genug entgegen. Hierzu erklärte Carl-Dieter Spranger, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im einzelnen:**

**O** bwohl sie erklärtermaßen nicht die Absicht haben hierzubleiben, holen immer mehr ausländische Eltern — insbesondere türkische — ihre minderjährigen Kinder nach. Diese 10- bis 15jährigen Kinder und Jugendlichen verfügen in der Regel über keinerlei Deutschkenntnisse. Ihre schulische und berufliche Eingliederung ist fast unmöglich. Dadurch wird die Integrierung der schon hier lebenden Ausländer zusätzlich erschwert.

Der Ausländerextremismus und die Ausländerkriminalität nehmen einen besorgniserregenden Umfang an. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien FDP und SPD weigern sich, diesem Tun Grenzen zu setzen.

Aufkommende Ausländerfeindlichkeit ist somit Ergebnis eines offenkundigen Mißbrauchs unserer rechtsstaatlichen Ordnung durch nicht integrationswillige Ausländer und einer liberalistischen Handhabe unserer Rechte und Gesetze durch die Bundesregierung. Nicht die Bevölkerung ist ausländerfeindlich eingestellt, sondern die, die durch Nicht-handeln eine solche Entwicklung zulassen.

In der gegenseitigen Anerkennung und Ausfüllung von Rechten und Pflichten liegt Partnerschaft begründet. Es ist an der Zeit, diese Wechselbeziehung zu verdeutlichen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Noch können wir den Ausländerzustrom so steuern, daß ein partnerschaftliches Miteinander möglich wird. Mitleid hilft ebensowenig weiter wie Diskriminierung. Wir müssen unser Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern — und diese zu uns — auf eine neue, selbstverständlichere Grundlage stellen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Lösungsvorschläge erarbeiten wird, die unter Achtung des wechselseitigen Selbstwertgefühls ein Miteinander in Partnerschaft möglich machen können.

## ■ KSZE

# Scheinentspannung und Scheinabrüstung

**Zur aktuellen Verhandlungslage beim KSZE-Folgetreffen in Madrid erklärte der Abgeordnete Dr. Alois Mertes (Gerolstein), außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Moskau praktiziere in Madrid eine destruktive Verzögerungstaktik.**

Die westliche Enttäuschung über den neuesten Rückzieher Moskaus auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen hält an. Anfang 1981 hatte Breschnew mit seiner Parteitage Rede Hoffnungen geweckt, als er seine Bereitschaft zu vertrauensbildenden Maßnahmen bis zum Ural ankündigte. Allerdings stand dieses angebliche Entgegenkommen Moskaus unter einer schwammigen Bedingung: Wenn der Westen einer entsprechenden Ausweitung seines Verhandlungsterritoriums zustimmen werde.

In einem weiteren Textvorschlag in Madrid bringt die Sowjetunion jetzt seit einigen Tagen ihre Bereitschaft zur gesamteuropäischen Vertrauensbildung überhaupt nicht mehr zum Ausdruck. Das heißt im Klartext: Die Konferenz soll — ähnlich wie die Truppenabbaugespräche in Wien und die Abrüstungsverhandlungen in Genf — ohne klares Mandat, ohne fest umrissene praktische Ziele beginnen. Breschnew will ohne konkrete Zielbildung eine seriöse Konferenz bekommen, die als Instrument seiner weltweiten anti-westlichen Abrüstungskampagne dienen soll.

Der Westen und die Neutralen halten demgegenüber zu Recht an ihrer verantwortungsbewußten Vorstellung fest, wonach eine seriöse Konferenz mit klarem und präzisiertem Verhandlungsauftrag dem Ziel gesamteuropäischer Abrüstung dienen müsse. Die CDU/CSU unterstützt diese konstruktive Konferenzplanung des Westens.

Bei der KSZE ist also die hochgemute Aufbruchstimmung von Helsinki 1975 dahin. Feilschen und Pokern um Formeln, Termine und Verhandlungskonzepte beherrschen das zweite KSZE-Folgetreffen. Niemand weiß, ob es auch ein drittes Folgetreffen geben wird. Niemand weiß, ob es zu der „Konferenz über Abrüstung in Europa“ wirklich kommen wird. Der tiefe Gegensatz hält an.

Der Westen und die Neutralen erstreben ein drittes Folgetreffen auf der Grundlage von unwiderruflichen Fortschritten bei den Menschenrechten auf dem Madrider Treffen, d. h. echte Entspannung. Der Westen will außerdem eine Konferenz in Europa mit einem ernsthaften Verhandlungsauftrag, der einem notwendigen Ziel dient, nämlich der Rüstungskontrolle auf der Grundlage vertrauensbildender Maßnahmen in Gesamteuropa, die verbindlich, überprüfbar und — bei unverminderter Sicherheit für beide Seiten — militärisch von Gewicht sein sollen; d. h. konkrete vertrauensbildende Maßnahmen als Voraussetzung echter Abrüstung.

Der Osten hingegen erstrebt eine Umgehung seiner Menschenrechtspflichten aus der Schlußakte von Helsinki; er will Schein-Entspannung. Er fordert eine europäische Abrüstungskonferenz ohne klares Verhandlungsmandat, aber mit breiter Propagandabasis in den Westen hinein; er will Schein-Abrüstung.

## ■ KOALITION

### Regierungspropaganda für den Papierkorb

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz hat die Bundesregierung aufgefordert, auf einen Teil ihrer Propagandamittel zu verzichten. Er warf der regierungsamtlichen Öffentlichkeitsarbeit vor, die Bürger durch viele der 29 Millionen veralteten Broschüren des Jahres 1980 irrezuführen.

So z. B. gerate die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers der Finanzen durch den bloßen Zeitablauf zur Volksverdummung. Ein Minister, in dessen Amt sich die Zahlen so schnell ändern, solle besser überhaupt darauf verzichten, „sich in schriftlicher Form zu äußern“. Metz bezweifelte, daß sogenannte „Service-Broschüren“ für Leute, „die wissen wollen, wo sie Leistungen beantragen können“, z. Z. in die finanzpolitische Landschaft paßten.

### Beamte raus, damit gestreikt werden kann

Bei der Deutschen Bundespost werden, wie der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Regenspürger, erklärte, in zunehmendem Maße Aufgaben, die wegen ihres hoheitlichen Charakters nach dem eindeutigen Auftrag der Verfassung nur Beamten übertragen werden dürfen, an Angestellte und Arbeiter vergeben. Offensichtlich soll damit das Berufsbeamtentum bei der Deutschen Bundespost ausgetrocknet werden.

Dies hätte außer der dargestellten verfassungsrechtlichen Problematik einen

weiteren schwerwiegenden staatspolitischen Nachteil: Der Postbereich, der aufgrund seiner Monopolstellung für alle Bürger zur Verfügung stehen muß, könnte in einem weit größeren Umfang als bisher in Arbeitskämpfe einbezogen werden. Aus anderen Ländern wissen wir, welche verheerende Auswirkungen Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst, insbesondere bei Bahn und bei der Post, haben können.

### SPD arbeitet mit Grünen zusammen

In Kassel ist es jetzt erstmals auf hessischer Ebene zu einer Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Grünen gekommen. Im Kasseler Stadtparlament votierten die Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP dafür, Oberbürgermeister Hans Eichel wiederzuwählen.

Die Kasseler SPD, die bei den letzten Kommunalwahlen ihre absolute Mehrheit verloren hatte, verfügt im Stadtparlament nur noch über 32 Sitze, die CDU hat 30, die Grünen fünf und die FDP vier Sitze. Ursprünglich hatte die Kasseler SPD eine Koalition mit der FDP angestrebt, was dann aber wegen Meinungsverschiedenheiten in der Schulpolitik scheiterte.

### SPD-Politiker wechselte zur CDU

Acht Jahre saß Dr. Winfried Döbertin als SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft. Jetzt ist der Erziehungswissenschaftler der CDU beigetreten: „Um den Idealen treu zu bleiben, die mich 1963 bewogen haben, Mitglied der SPD zu werden“. Nach Döbertins Ansicht „ist Arbeitnehmerpolitik heute besser in der CDU zu betrei-

ben als in einer SPD, die personell und inhaltlich bürokratisch erstarrt ist". Döbertin, der an der Spitze der Fritz-Erler-Gesellschaft immer mehr auf Distanz zum sozialdemokratischen Kurs gegangen war, war 1977 wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus der SPD ausgeschlossen worden.

## **Hansen amüsierte sich auf Bundeswehrkosten**

SPD-Linksaußen und schärfster Bundeswehr-Kritiker in der SPD, Karl-Heinz Hansen, erbitterter Gegner des NATO-Doppelbeschlusses und scharfzüngiger Kanzler-Kritiker, hat sich, wie „Bild“ meldet, zum Piloten ausbilden lassen — auf Kosten der Bundeswehr. Als Major der Reserve machte er von 1973 bis 1977 rund 25 Wehrübungen mit und nahm dabei 350 Flugstunden auf Propeller-Maschinen. Wenn die Bundeswehr Propellerflugzeuge verleiht (z. B. bei Katastrophen), nimmt sie je Stunde 1 555 Mark. Hansen wäre also mehr als eine halbe Million Mark losgeworden, hätte er die Flugstunden selber bezahlen müssen.

Inzwischen hat er seine Flugübungen eingestellt — aus gesundheitlichen Gründen. Dazu die Zeitung in einem Kommentar: Die Gondolei verhalf Hansen zu ein paar fröhlichen Stunden in der Luft. Hansen ist wieder unter uns, der Steuerzahler geht vor Wut in die Luft.

## **SPD-Ortsvorsitzender verläßt Partei**

Seinen Parteiaustritt hat Bernhard Maier, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Oberhausen (Landkreis Weilheim), in einem offenen Brief an Bun-

deskanzler Helmut Schmidt bekanntgegeben. Maier begründet seinen Schritt mit der Zustimmung des Bundeskanzlers zur NATO-Nachrüstungspolitik, dem forcierten Ausbau der Kernenergie, der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der Umweltpolitik. Abschließend erklärte der scheidende SPD-Ortsvorsitzende, er sei bereit, sein Gemeinderatsmandat der Liste SPD/Unabhängige Wähler zurückzugeben.

## **Jusos: E-Werke vergesellschaften**

Die deutschen Elektrizitätsgesellschaften betreiben nach Ansicht des stellvertretenden Juso-Vorsitzenden Samland eine Politik, die sich nicht mit dem Gemeinwohl decke. Um die Verantwortung von diesen Institutionen abzuliefern, sollten deshalb die Leitungsnetze der Elektrizitätsunternehmen „vergesellschaftet“ werden, damit das Gemeinwohl den Vorrang vor privatwirtschaftlichen Interessen erhalte.

## **Bonn zahlte eine Milliarde Mark an Ost-Berlin**

Die Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr einschließlich der Beträge aus den Etats von West-Berlin, der Bundesbahn und der Bundespost rund 1,1 Milliarden Mark an die DDR gezahlt. Größter „Brocken“ ist die Transitpauschale mit 525 Millionen Mark, mit der die vor Jahren übliche, individuell gezahlte Transitgebühr für Reisen zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin abgelöst worden war.

Die DDR hatte in der Bundesrepublik Deutschland bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres 3,9 Milliarden Mark Schulden.

## BERLIN

# Richard von Weizsäcker: Neuer Aufbruch

**Nach fast 30 Jahren hat der freie Teil Berlins wieder einen Regierenden Bürgermeister aus den Reihen der CDU. Seine erste und wichtigste Aufgabe sieht Richard von Weizsäcker darin, wieder bewußt zu machen, daß Berlin Symbol für den Freiheits- und Friedenswillen der Deutschen und der Europäer ist. In der Kommunalpolitik der Millionenstadt gilt es, dem Verlust des Gemeinsinns entgegenzuwirken und Berlin zu einem neuen Aufbruch zu führen.**

In einem Zeitungsinterview erklärte Richard von Weizsäcker nach seinem Amtsantritt, die Rolle, die Berlin im geteilten Europa, im geteilten Land und in der geteilten Stadt spiele, sei in den letzten Jahren viel stärker in den Hintergrund des Bewußtseins gerückt, als sie es verdient. Die Menschen in Berlin brauchten eine Zukunftsperspektive. Dazu gehörten neben den äußerst wichtigen kommunalpolitischen Fragen auch die weitergehenden politischen Perspektiven.

„Wir wollen Frieden in Europa. Zum Frieden gehören die Menschenrechte. Wir wollen und werden uns deswegen für sie einsetzen, um die Teilung, die diesen Kontinent beherrscht, schrittweise zu überwinden. Dafür wird Berlin im Bewußtsein der Menschen und Regierungen eine ausschlaggebende Funktion zufallen. Das wird der Berliner

Senat in Deutschland und in der Welt unüberhörbar zur Sprache bringen.“

Kontakte und Gespräche über die Berliner Mauer hinweg hält Richard von Weizsäcker immer für wichtig. Insbesondere will er dazu beitragen, die Werte des Geistes und der Kultur für Berlin als Ganzes zu erhalten und zu fördern. Er weist dabei ausdrücklich darauf hin, daß die Stiftung Preußischer Kulturbesitz an ganz Berlin, nicht nur an den Westteil der Stadt, denkt.

Zur Deutschlandpolitik erklärte er, daß es weniger darum geht, von westlicher Seite her besondere Bedingungen zu erfüllen oder Anforderungen zu stellen. „Vielmehr richtet sich die weitere Entwicklung unserer Beziehungen nach dem, was man in Ost-Berlin aufgrund der Entwicklungen innerhalb des Warschauer Paktes glaubt ermöglichen zu können. Ob und wie wir weiterkommen, hängt zur Zeit nicht von Willensentscheidungen in Bonn oder Berlin ab.“

Bei ihrer Wahlentscheidung haben die Berliner nach Ansicht ihres neuen Regierenden Bürgermeisters nicht an Bonn, sondern an Berlin gedacht. Er sieht die zunehmende Verwurzelung der CDU gerade in Ballungsgebieten als kontinuierliche Entwicklung an. „Ich halte es für notwendig, sich immer dessen bewußt zu sein, daß der Bürger zunächst einmal in seinem Bundesland, in seiner Kommune selbst eine glaubwürdige und stabile Regierung wünscht.“

## ■ FINANZEN

### Schlampiges Regieren mit falschen Zahlen

**Zur Bewältigung der dramatischen Haushaltslage in der Bundesrepublik mit allein knapp 34 Milliarden Mark Neuverschuldung fehlt Bundeskanzler Helmut Schmidt jegliche Konzeption. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Walther Leisler Kiep, in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages.**

**N**ach den zwölf Jahren, in denen das Bündnis aus SPD und FDP das Schicksal unserer Republik bestimmt hat, ist nahezu alles, was in den Aufbaujahren der Nachkriegszeit erreicht wurde, in Gefahr, verspielt zu werden. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit sechszwanzig Jahren. Die Talsohle wird nach allen erkennbaren Anzeichen länger und anhaltender sein, als uns bisher verkündet wurde.

Die Inflation ist und bleibt die brutalste und unsozialste Besteuerung des kleinen Mannes.

Das riesige und anhaltende Defizit in der Leistungsbilanz, im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland, signalisiert einen Dauerschaden unserer Volkswirtschaft.

Sicher liegt eine Ursache in der Ölrechnung. Wenn der Bundeskanzler das Öl in seiner Regierungserklärung aber als die „Hauptursache“ bezeichnet, so ist das eine große Irreführung der Öffentlichkeit, ist es der Versuch, von eigenem Schuldanteil abzulenken.

Alle ausländischen Industriestaaten, die anhaltende Defizite in der Leistungsbilanz hingenommen haben, wie Großbritannien unter der Labour-Regierung, haben dafür mit Verlusten an Wirtschaftswachstum, mit hoher Arbeitslosigkeit und mit der Verminderung des Lebensstandards zahlen müssen.

Die Bundesbank hat immer wieder betont, daß ohne einen Abbau der Schuldzuwächse des Staates ein entscheidender Abbau des Leistungsbilanzdefizites nicht möglich ist.

Bereits die im Haushaltsentwurf 1981 von der Regierung vorgeschlagene Neuverschuldung von 27,4 Milliarden Mark war unvertretbar hoch.

Aber diese Zahl war noch viel zu niedrig angesetzt. Entweder hat der Bundesfinanzminister die Kontrolle über die ihm anvertraute Kasse verloren, oder er hat bewußt — zumindest mit bedingtem Vorsatz — die Öffentlichkeit hinter das Licht geführt, weil es der Kanzler, der sich im Wahlkampf und in der Regierungserklärung auf 27 Milliarden Mark Neuverschuldung und 4 Prozent Preissteigerung festgelegt hatte, so befohlen hatte.

Die Schwierigkeiten, die zur Vermeidung der Zahlungseinstellung benötigten Kredite am Kapitalmarkt zu beschaffen, werden immer größer. Auch die Kredite aus dem Morgenland, auf die der Finanzminister bisher seine Hoffnung setzte, fließen nicht mehr reichlich.

Die Zinstreiber, diejenigen, die verantwortlich sind für die hohen Zinsen, sitzen nicht etwa in Frankfurt oder in New York, sie sitzen hier auf der Regierungsbank.

## ■ INFILTRATION

# „Krefelder Appell“ von Kommunisten initiiert

**Was die Bundesregierung zu vernebeln suchte, enthüllte jetzt, wie Paul Gerlach, Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, berichtet, mit der ihm eigenen Offenheit der ehemalige Herausgeber des extrem linken Polit-Magazins „Konkret“, Klaus Rainer Röhl, in der April-Ausgabe des Magazins „dasda Spontan“.**

Nach seiner eigenen Bekundung war Röhl ab 1956 als Mitglied der damals illegalen, von Ost-Berlin geleiteten, KPD daran beteiligt, bürgerliche Studenten, Professoren, Pfarrer und andere Intellektuelle kurz- oder langfristig für kommunistische Propagandaziele zu werben. Von 1955 bis 1964 leitete er die von der DDR finanzierte und gelenkte Tarnzeitschrift „Konkret“.

Während die Bundesregierung es ängstlich vermeidet, auf die kommunistische Urheberchaft des „Krefelder Appells“ hinzuweisen, läßt Röhl die Katze aus dem Sack: Er selbst oder seine „Konkret“-Mitarbeiter haben einen großen Teil der heutigen Erstunterzeichner des „Krefelder Appells“ schon damals angeworben. Und weiter: Die Vorarbeit bei der Auswahl der mehr als 1000 geladenen Gäste zum Krefelder Forum am 16. November 1980, auf dem der Appell gegen die Nachrüstung beschlossen wurde, sei von vielen hundert kommunistischen Kontaktpersonen,

Tarnorganisationen und Zeitschriften geleistet worden.

Man wird kaum annehmen können, daß die Bundesregierung nicht im Besitz dieser Information gewesen ist. Mit ihrer ausweichenden Antwort wollte sie einen ihr peinlichen Sachverhalt vertuschen; denn nicht wenige SPD-Mitglieder, darunter auch Mandatsträger, setzten — trotz des noch geltenden Abgrenzungsbeschlusses vom 14. November 1970 und trotz der Mahnung von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz — ihre Unterschrift unter das von kommunistischer Seite initiierte Machwerk.

Damit ist es dem hochrüstenden Osten wieder einmal gelungen, ein Arsenal trojanischer Esel zu gewinnen, die Unruhe in die Bevölkerung bringen sollen und das Ziel verfolgen, das atlantische Bündnis in Frage zu stellen, um die Bundesrepublik Deutschland aus diesem herauszulösen.

Röhl bestätigt dies: Seit dem 15. November 1980 würden nun überall im Land Unterschriften gesammelt, die die Aufhebung des Nachrüstungsbeschlusses fordern. „Kampf dem Atomtod“ heißt wieder die Losung, wie anno 1958, und „keine Raketen in Europa“ die Forderung. Nur nehmen die emsigen Unterschriftensammler keine Proteste gegen den sowjetischen „Atomtod“ entgegen, sondern ausschließlich Unterschriften gegen amerikanische Raketen.

## ■ DEUTSCHLAND- POLITIK

### Aufklärung über den Kommunismus

**Die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU-Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ will stärker als bisher die Diskussion um allgemeine Deutschland- und ostpolitische Probleme führen und ihre Aufklärungsarbeit über Ideologie und Politik des Kommunismus intensivieren.**

Die Teilnehmer der Bundesdelegiertentagung der Vereinigung am 12./13. Juni 1981 in Bonn beschlossen deshalb, diesem Selbstverständnis durch eine Umstellung des bisherigen Namens der Organisation sichtbar Ausdruck zu geben. Die Namensumstellung bedeute keine neue Politik, sondern unterstreiche den Anspruch der Vereinigung, Politik für ganz Deutschland zu formulieren, unterstrich deren Vorsitzender Hubert Hupka, MdB.

Für diese Arbeit versicherte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der Unterstützung durch seine Partei: Gerade jetzt, wo die DDR versuche, die preußische Geschichte für sich „umzuschreiben“ und als Alibi in Anspruch zu nehmen, komme es darauf an, die zentralen Fragen deutscher Geschichte und ihrer Beziehungen zueinander aufzuarbeiten und vor allem der jungen Generation zu vermitteln. Nationale Identität fuße auf der Kenntnis der Geschichte, erklärte Helmut Kohl.

Dies bedeute auch, Berlin weiter als Aufgabe und Auftrag für das ganze Deutschland zu sehen, forderte Berlins Stellvertretender Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer. Der CDU-Politiker kündigte an, der neue Senat unter Führung Richard von Weizsäckers wolle im Interesse der Bürger in der geteilten Stadt weitere Vereinbarungen mit Ost-Berlin treffen. Voraussetzung dafür sei allerdings die Rücknahme des erhöhten Zwangsumtausches durch die DDR.

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinrich Windelen, wies bei der Tagung den Anspruch Honeckers auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland zurück. Die deutsche Einheit sei nur in Freiheit vorstellbar, erklärte Windelen.

Bei den Vorstandswahlen wurde Herbert Hupka einmütig in seinem Amt bestätigt. Er führt die 40 000 Mitglieder starke Vereinigung seit 1977. Einstimmig wiedergewählt wurde der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung, Gerold Rummler. In seinem Referat „Politik für ganz Deutschland“ forderte Herbert Hupka verstärkte Aufklärung und Information in Sachen Kommunismus. Diese Aufgaben sollten Schulen, Universitäten, Massenmedien und politische Parteien übernehmen.

Einen Frieden ohne Waffen zu schaffen, sei sicherlich eine Idealvorstellung, dabei würden aber die Absichten und das Potential der Sowjetunion und des Warschauer Paktes unterschlagen. Es könne nicht oft genug gesagt werden: Frieden ohne Freiheit verdiene diesen Namen nicht, denn ein Friede ohne Freiheit wäre eine pax sovietica, wäre der Friedhofsfriede einer roten Diktatur, wäre das Ende jeder individuellen und staatlichen Freiheit.

## ENERGIEPOLITIK

# Mehr Vertrauen in kleine Kernreaktoren

**Kleine Kernreaktoren nach dem Prinzip des Leichtwasserreaktors oder künftig auch des Hochtemperaturreaktors können der Kernenergie bei einer relativ standortnahen Wärmeversorgung über Wärme-Kraft-Kopplung und für industrielle Prozesse einschließlich der Kohleveredelung neue Anwendungsbereiche erschließen.**

**K**leine Kernreaktoren können bei besonders günstiger Sicherheit das Vertrauen der Bürger gewinnen und die Genehmigungsverfahren erleichtern. Dies erklärte der wiedergewählte Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Energie und Umwelt“ der CDU Deutschlands, Heinz Riesenhuber, MdB.

Riesenhuber wies darauf hin, daß der Bundesfachausschuß „Energie und Umwelt“ unmittelbar nach der Sommerpause im Gespräch mit Wissenschaftlern und mit der Reaktorbau-Industrie die Sicherheitseigenschaften, die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Zeitpläne für kleine Kernreaktoren im einzelnen diskutieren will.

Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen habe in seinem letzten Gutachten nachdrücklich auf günstige Sicherheitsmerkmale und die Chance zu zügigen Genehmigungsverfahren hingewiesen.

Der Bundesfachausschuß „Energie und Umwelt“ hatte 1977 ein umfangreiches

Energieprogramm der CDU ausgearbeitet, das derzeit in der 3. Auflage unverändert gedruckt wird. Er wird in der kommenden Legislaturperiode ein weitgespanntes Programm zu bearbeiten haben, von den integrierten regionalen Energieversorgungskonzepten bis zu den Gefährdungen der Umwelt bei fortschreitendem Bevölkerungswachstum und zunehmender Verstädterung und Industrialisierung der Dritten Welt.

### Allgemeiner Umweltwettbewerb

Aus Anlaß des Tages der Umwelt führten die mit umweltpolitischen Fragen besonders befaßten Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion ein ausführliches Gespräch über grundsätzliche und aktuelle Fragen des Umweltschutzes mit dem Präsidium des Deutschen Heimatbundes.

Der Vorschlag, einen allgemeinen Wettbewerb nach dem Vorbild „Unser Dorf soll schöner werden“ einzuführen, wird mit den von CDU und CSU gestellten Umweltministern der Länder beraten werden. Über einen derartigen für alle Bürger und Gemeinden offenen Wettbewerb hoffe man, die bisweilen noch fehlende Bereitschaft zu fördern, notwendigen Umweltschutzmaßnahmen, z. B. dem Bau oder Ausbau von Abwasserkläranlagen, im Bewußtsein der Bürger und Politiker einen höheren Stellenwert einzuräumen als bisher.

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN 1  
POSTFACH 24 49  
POSTVERTRIEBSSTOCK  
Z 6398 C  
GEBÖHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

20. 6. **LV Schleswig-Holstein VOM**  
*Landesausschuß*
22. 6. **CDA — Bund**  
*Landessozialsekretärskonferenz,  
Königswinter*
23. 6. **LV Rheinland**  
*Mittelstandsvereinigung  
Fachkongreß „Einzelhandel“,  
Mönchengladbach*
26. 6. **LV Westfalen-Lippe**  
*Landesvorstand, Dortmund*
26. 6. **Frauenvereinigung — Bund**  
*Bundesvorstand, Bonn*
27. 6. **KPV/JU Niedersachsen**  
*Fachkongreß „Kommunale  
Jugendpolitik“, Hildesheim*
1. 7. **LV Braunschweig**  
*Landesvorstand, Braunschweig*
1. 7. **JU — Bund**  
*Hearing des Bundesvorstandes  
zum Thema „Arbeits- und Ausbil-  
dungsplätze für junge Behinderte“,  
Bonn*
2. 7. **LV Westfalen-Lippe**  
*Landesvorstand, Münster*
3. 7. **LV Baden-Württemberg**  
*Präsidium und Landesvorstand,  
Donauessingen*
- 3./4. 7. **LV Westfalen-Lippe**  
*37. Landesparteitag, Münster*
- 3./4. 7. **KPV — Bund**  
*Bundesfachtagung „Kultur“,  
Stuttgart*
- 3./5. 7. **Exil-CDU**  
*Deutschlandpolitische Regional-  
tagung, Weikersheim*
4. 7. **LV Baden-Württemberg**  
*Landesparteitag, Donauessingen*
11. 7. **LV Westfalen-Lippe**  
*Mittelstandsvereinigung  
Landesmittelstandstag, Siegen*
- 16./17. 7. **LV Westfalen-Lippe**  
*Kreisgeschäftsführertagung,  
Bad Honnef*
17. 7. **LV Westfalen-Lippe**  
*Landesvorstand, Dortmund*
8. 8. **LV Schleswig-Holstein CDA**  
*Jahreskongreß, Rendsburg*
12. 8. **CDU — Bund**  
*Landesgeschäftsführerkonferenz,  
Bonn*
17. 8. **LV Westfalen-Lippe**  
*Geschäftsführender Landes-  
vorstand*
17. 8. **LV Saar**  
*Landesausschuß*
21. 8. **LV Hessen**  
*Landesvorstand, Fernwald*
28. 8. **JU Baden-Württemberg**  
*Landesausschuß*
- 29./30. 8. **JU Schleswig-Holstein**  
*Gesamtschulkongreß*
30. 8. **LV Rheinland-Pfalz**  
*Mittelstandsvereinigung  
Landestag, Mainz*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 37C 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

# UId